

# Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhof (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhof 3606-3698, Telegramm-Verkehr: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 600, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

**Berlin**

Verantwortlich für den Gesamtheft (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preis: nach Z. 32 Preispag. Familien-Anzeigen: nach Z. 20 Preispag. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 23-26

10 Pf. [Anzeige] Nr 38

Montag, 23. Januar 1933

Abend-Ausgabe

## Die Frist für die Parteien

### Regierungserklärung am 31. Januar

Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichskanzler von Schleicher zum Vortrag über die politische Lage und den Stand des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Was geht in der inneren Politik vor? Weniger, als man nach dem überraschenden Beschluß des Reichstages, die nächste Plenarsitzung des Reichstages auf den 31. Januar zu verschieben, hätte vermuten können. Die nicht planmäßig, aber vertraulich mitgeteilte Begründung für den Beschluß war, daß den Parteien noch eine Woche die Frist gegeben werden sollte, die Nationalsozialisten und die bürgerlichen Gruppen in einer parlamentarischen Mehrheits-Fraktion zu vereinigen. Aber seit Freitag haben ernstliche Verhandlungen zwischen den Parteien kaum stattgefunden. Führende Persönlichkeiten der Fraktionen haben zwar Sprechstunden miteinander genommen, aber in so unverständ-

licher Weise, daß gleich zu erkennen war, wie wenig man sich an praktischen Ergebnissen von Unterhaltungen verspricht. Mehr Intensität war bei den Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen zu spüren, die auf ein engeres Zusammenarbeiten der beiden Parteien abzielen. Da Hitler heute abend wieder Berlin verläßt, sind auch diese Besprechungen wohl als abgeschlossen zu betrachten. Die Reichsregierung hat gegenüber dem jüngsten Versuch, eine parlamentarische Mehrheitsfraktion zu schaffen, keine Zurechtweisung geübt.

Eine Veränderung der politischen Situation ist bis auf weiteres nicht zu erwarten. Der Reichstag wird am Freitag nur noch die Tagesordnung für die Plenarsitzung festzulegen haben, die am 31. Januar stattfinden soll, und in der der Reichskanzler auf jeden Fall die Regierungserklärung des Kabinetts vorlesen wird.

## Abgekapfelt

Nach der Kraftprobe vom Bülowplatz

Generals müßen Fortüne haben! Erblicher Regis-Goldatenwort vom Kriegsglied ist gestern unseren Regierenden zu Hilfe gekommen. Die Speerfahrt am Bülowplatz ist, bei leichtem Schneegestöber und schwerem Föllgeisig, ungetrübt verlaufen, der ganze Sonntag für die Reichshauptstadt glimpflich vorbeigezogen. Unsere Generals hatten Fortüne.

Doch das Kriegsglied — der alte Fritz hat auch das gemacht — will verdient werden. Welch ein Aufwand ist gestern verlan worden! Ein anfängerlicher Bezirk der Stadt besand sich gestern praktisch in der Belagerungs-Lage. Ein Föllgeisiger regelte ihn ab, in leeren Läden und auf den Bänken hatten früher bewaffnete Beamte feierliche Besichtigungen inne, Gendarmen durchsuchten die Straßen, Bettler trauerten mit dem Gummihut, und all das, damit „Stabschef“ Röhm grade am Bülowplatz von einem Straßwagen, der ebenjau am Prinzlauer Tor oder am Königsfer hätte stehen können, die vorbeiziehenden G.A.-Leute begrüße. Der ganze Aufzug am Bülowplatz war weitgehend reduziert, weder war hier von Hitler etwas zu sehen, noch was etwas anderes zu hören außer Föllgeisigen, deren Welle oft mit kommunikativen Versprechungen überlängelt, verbunden, damit die zwischen Hofstaat und Publikum hin- und herwechselnden jungen Leute nicht unmutigler drauden. Das Karl-Liebknecht-Haus, gegen das „Fronti“ genommen wurde, war für den Sonntag nicht mehr die kommunistische Trub-burg, der man hätte Trost bieten können, sondern ein Unter-tauschhaus der Polizei. Kein Fenster durfte geöffnet werden, kein Besichtigungsbüro hinunterfahren: die Polizei hatte über den Bezirk gleichsam eine Glasglocke gestülpt, und in dieser luftverdichteten Raum blieben die Aufmarschierenden unter sich.

Die Beweggründe für die Regierung, diese Annäherung der staatlichen Machtmittel vorzunehmen, anstatt eine weniger gefährliche Anordnung der Umgebung durchzuführen, liegen klar. Sie sind hier bereits am Sonnabend gekennzeichnet worden. Man wollte den Nationalsozialisten nicht das Argument für die Agitation abhandeln, die Regierung weiche vor den Kommunisten zurück und fühne eine marxistische Zwangsbürg. Man erwartete trotz der hitzigen Zusammenstöße auch schwere Beunruhigung, also eine Beeinträchtigung der Ziele des gegenwärtigen Regierungskurses. Man war eben in einer Zwickmühle. Die Nationalsozialisten haben ganz bewußt so manövriert, daß die Regierung sich vor eine lo-unangenehme Alternative gestellt sah. Hitler hat in Weimar vor einigen Tagen, bei einer Ansprache an einige Tausend G.A.-Leute und G.-S.-Leute, die neue Taktik angekündigt. Er sagte: „Sie werden in den nächsten Monaten noch etwas anderes erleben: wir werden zurücktreten zu unseren alten Angriffsmethoden.“ Die alten Angriffsmethoden, das sind die Methoden der Provokation und des Überfalls. Mit der Provokation haben sie bereits begonnen.

Wenn die Regierung dieser Taktik begegnen will, kann sie es auf die Dauer nicht machen. Sie können die Provokation abgegriffen, sie können sie hüten. Gellern ist dieses Verlangen ersparlich gegeben. Die Polizei hat, um das Schlimmste, nämlich blutige Straßenkämpfe vom der Art der Märztagen 1920, zu verhindern, noch vornehmer sehr scharf zugegriffen. Rein polizeitechnisch gesehen, befand sie sich auf der Höhe der Situation. Niemals Lob bei ihr ausdrücklich zuerteilt, obwohl auch vorher niemand, der sie kennt, an ihrer Mäßigkeit gezweifelt haben wird. Aber dieses Lob muß sich auf das Technische beschränken, auf die Lösung der gestellten Aufgabe. Was die Haltung des Reiches, das wir wünschen, daß die solche Aufgaben künftig nur in wirtschaftlich unermesslichen Fällen gelöst werden.

Bitte keine Wiederholung! Berlin und das Reich haben andere Sorgen, die Regierung andere Ziele. Sie braucht sich künftig nicht in diese Kadavere drängen zu lassen, aus der es dann nur den Ausweg gibt, Provokationen zuzulassen, indem man sie abkapfelt. Kritik wieder ein bezartiges Anzeichen an sie heran, so kann sie unbedorft abziehen, denn daß sie dabei nicht irgendwelchen „marxistischen“ Verdrehungen weicht, hat sie gestern bewiesen. Sie hat, wie ein Skandalier des Anonim Régime, ihre Gegen-Öber bekräftigt. Wer es ihr jetzt nicht glaubt, glaubt es ihr später auch nicht. Wer allem wieder sie mit der fortgesetzten Duldung der neuen Provokationsakt der Hitler-Partei für ihre eigene Politik schuldig. Das Recht weist die „Frankfurter Zeitung“ darauf hin, daß dieser „Versuch einer planmäßigen Provokation“ des kommunistischen Gegners, mit dem die Hitler-

## Ein Oberleutnant und 30 Mann

### Faschistische Putschgroteske in Brünn

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PRAG, 23. JANUAR

Einem abenteuerlichen Putschversuch unternahm in der Nacht auf Sonntag faschistische Faschisten aus der Umgebung von Brünn. Sie zielten auf die Besetzung der Kasernen des Infanterieregiments Nr. 48. Es gelang ihnen, in die Kasernen einzudringen und die Hauptwache zu entsetzen, doch wurden sie von den alarmierten Soldaten mit Hilfe der Polizei nach einem kurzen Kampf, in dem ein Zivilist getötet und fünf Personen, darunter zwei Soldaten, schwer verwundet wurden, entlassen.

Der Führer der Angreifer war der Oberleutnant d. R. Blaslow Roblinek aus Königsdorf bei Brünn, der in Brünn durch sein abenteuerliches und fanatisches Auftreten bekannt ist. Er bewog etwa 30 Personen am Samstag abend zu einer Fahrt nach Brünn unter dem Vorwand, daß es sich um den Besuch einer faschistischen Versammlung handle. Man fuhr mit Automobilen ab, blieb aber unterwegs im Schnee fest, worauf die Teilnehmer zu Fuß weitermarschierten. Dabei überredete Roblinek die Leute zu einem Angriff auf die Kasernen des 48. Infanterieregiments in Jidenitz, einer Vorstadt von Brünn. In Jidenitz angekommen, überfiel eine Gruppe der Angreifer die rückwärtige Umfriedung der Kasernen und durch eine Wache zu ihren, die Wache leicht besetzt zu entsetzen. Der Kommandant der Wache, ein Zugführer, konnte aber noch Alarm schlagen, worauf die Soldaten aus der Kasernen und der Polizei aus der Stadt anrückten.

Es gelang, vierundzwanzig teilweise mit Revolvern bewaffnete Personen gefangenzunehmen; acht weitere wurden nach der Flucht in ihrer Wohnung festgenommen. Der Anführer des Putsches, Oberleutnant i. R. Roblinek, ist flüchtig und konnte bisher nicht ergriffen werden.

In Prag verfuhr man sehr zurückhaltend, ob Zusammenhänge zwischen der faschistischen Parteilieferung und dem Brünnener Putsch bestehen. Bereits in den Vormittagsstunden wurden in Prag bei faschistischen Führern Hausdurchsuchungen vorgenommen, u. a. in der Wohnung des Exgenerals Gajda. Gajda weilt jedoch auf einer Agitationsreise in der Slowakei und wurde erst für Sonntag abend zurückgemeldet. Er wurde in der Slowakei verhaftet.

In Brünn herauf ließ vollkommen Ruhe. Auch in den anderen benachbarten Garnisonstädten wurde die Ruhe nirgends gefährdet. Der Reichsminister Prada wird in einem eigenen Befehl den Truppen seinen Dank für ihre gute Haltung bei dem Putsch aussprechen.

## Die ersten Ergebnisse der Untersuchung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PRAG, 23. JANUAR

Die in Prag geführte Untersuchung erstreckt sich auf etwa 70 Faschisten. Bisher ist noch nicht ermittelt, daß die faschistische Parteilieferung von dem Brünnener Putsch informiert war. Zwei Unteroffiziere des 48. Regiments wurden wegen Verdachts des Einverständnis mit den Faschisten verhaftet. Wegen die Justizbehörden ist eine Untersuchung eingeleitet worden, da festgestellt wurde, daß die Wacheposten bei der Kasernen keine scharfe Munition hatten.

Der verhaftete Faschistenführer Gajda ist nach Brünn eingeliefert worden.

## Arbeiterunruhen in Polen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 23. JANUAR

Im Bobzer Industriebereich ist es in den letzten Tagen zu neuen Arbeiterunruhen gekommen. Die Arbeiter stürmten u. a. das Vermaltungsgebäude der großen Webwaren-Manufaktur und mußten durch ein starkes Polizeiaufgebot zur Räumung dieses Großbetriebes gezwungen werden. In einer anderen Fabrik führen die Arbeiter infolge von schweren Lohnstreiks den Direktor und die leitenden Beamten auf Schulstrecken aus dem Hause und verdingelten sie daran, wieder die Freiheitsstraße zu betreten. In mehreren Unternehmen dauern Streiks an, die sich gegen die Preisfestlegung der Arbeiterämter um 10 bis 12 u. g. richten.

## Noch eine Verhaftung im Fall Gensky

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

DRESDEN, 23. JANUAR

Wie jetzt bekannt wird, befindet sich seit etwa vierzehn Tagen noch ein weiterer aus Freital stammender G.A.-Mann in der W.A. von Gensky außer den bereits früher genannten G.A.-Leuten Normann und Peger in Haft. Die Anklage gegen die drei Faschisten lautet auf Begünstigung, in einem Fall auf Beihilfe. Das Verbrechen gegen die Faschisten sollte, daß der Wittenberger G.A. abgestimmt werden, wenn feststellen sollte, daß die italienische Regierung dem Anstiftungsversuchen gegen die faschistischen G.A.-Leute nicht stattgegeben wird.

Parlamentarisch zusammenzugehen und unter Umständen Streiks zu beschließen, ist nicht ohne „Großpolitik“ ist, um die Anhänger der freien Gewerkschaften, doch nicht weiß, wie es die „Sozialdemokratie“ seiner Bewegung in praktische Politik umsetzen soll.

Tatsächlich hat die Regierung getrennt sich aus der Schlinge

geogen, zumal die Brauerei des unbekanntes Schupo ihr Beispiel. Strategisch gerät sie in Gefahr, sich das Gesetz des Sanktions auflegen zu lassen, anstatt es selbst zu beschließen.

Generals müssen Fortuna haben, aber sie sollen sich nicht auf das Glück verlassen.

Stenhalter und Gormannfrage einer jungen Nationalsozialistin an, die von Kommunisten befragt worden war, ob sie die hinteren drei Sitze in Lunge und Kopf. Die Polizei, die dem Strafrecht zu Hilfe kam, gab mehrere scharfe Schläge ab, durch die eine Verion, der Arbeiter Rangesberger, scharf verletzt wurde. Ob er sich unter den Angefallenen befindet hat, steht noch nicht fest. Obere der Polizeibeamte, nach der verzeigte Arbeiter kommen bloßer vernommen werden.

# Das Aufgebot der Polizei

### Strengste Absperrung des gefährdeten Bezirks

Am 26. d. M. ihre Ausrückung vor dem kommunalistischen Parteitag am Willyplatz zu ermöglichen, an der nach aufrechter Schöpfung 16 000 Nationalsozialisten teilnehmen, hat die Berliner Polizei die „große Alarmstufe“ angelegt und 14 000 Mann uniformierte Polizei — nahezu auf jeden Teilnehmer der Ausrückung einen Polizisten — aufgeboten. Unter solchem Schutz ist die nationalsozialistische Ausrückung ohne nennenswerte Störungen vor sich gegangen. Nach der zusammenfassenden Darstellung der Polizei ging im ganzen Stadtbezirk Berlin etwa 25 Personen verletzt worden, davon zwei, ein Polizeibeamter und ein Arbeiter, schwer. 118 Personen, davon 108 Kommunisten, wurden zwangsgewaltig, von denen 52 noch nicht aus der Haft entlassen wurden. Die Polizei wird, selbst die die Bilanz des gestrigen Tages, zwar das feststellende Geschäft haben können, doch scharfe Zwangsmaßnahmen werden nicht werden, aber mit einem Aufwand, wie ihn Berlin seit den blutigen Märgen in Potsdam nicht mehr gekannt hat.

Der tätige Jahn der Polizei war, als man in den Vormittagsstunden den „Kriegsbeschäftigten“ sah, nicht zu erkennen. Ein ganzes Stadtviertel Berlins war, um die Ausrückung zu sichern, geräumt worden. Um das frühere Schenkenviertel war ein Polizeierkerb aufgestellt, mit Karabinern besetzt, der darüber wachte, daß der Willyplatz den Nationalsozialisten gesichert bliebe. Die Absperrung begann gegen 10 Uhr.

Eine hohe Stange später erfolgte die zweite Aktion. Ein Polizeikommando besetzte das kommunalistische Parteipalast am Willyplatz, durchsuchte die dort Anwesenden nach Waffen und was sie dann aus dem Gebäude. Ein Polizeikommando wurde in das Karl-Liebknecht-Park geführt und ließ sich einige kommunalistische Abgeordnete dursten im Gebäude bleiben, aber nicht an der Straßenfläche.

Der dritte Teil der Sicherungsmaßnahmen bestand darin, daß mehrere hundert Beamte in dem abgeperrten Bezirk Aufstellung nahmen. In deren Reihen, auf den Gängen, vor den Hauseingängen, längs des Fahrbahns wurden karabinerbesetzte Polizeigruppen aufgestellt. Dann, als die ersten nationalsozialistischen Gänge im Umanthick waren, rüdten die beiden Panzerwagen der Polizei auf den Platz an.

Die Gänge der Nationalsozialisten trafen mit Verpöschung ein. Auf dem Umanthickes waren die mehrfach Anordnungen ausgeführt. Die Polizei ging zu ihrem Schutz an etwa 200 Stellen vor, meist unter Anwendung des Gummistocks. Gegen 1 Uhr wurde die Lage auf dem Alexanderplatz beschränkt, wo sich einige tausend Kommunisten gesammelt hatten. Der Alexanderplatz wurde von diesem Zeitpunkt an abgesperrt — Berittene „Mänteln“ die Bürgersteige ab — geräumt, ebenso die anliegenden Baracken-Gänge „Eisenbahnen“, Autobus- und Untergrundbahnhaltestellen wurden auf polizeiliche Bestehen aufgehoben.

Unter Oelung von Kampfbesuchen konnten sich gegen 10 Uhr die ersten „M.formationen“ auf dem Willyplatz. Auf den Gängen die Republik und den Staat wurden im Ober gerührt. Insbesondere hatte an dem Ort Weisels die Gedenker — vor geladenen Gängen — begonnen, bei der außer Hülzer die jetzt nationalsozialistische Schriftsteller Hanns Heinz Ewers, als Verfasser des Romans „Mitteln“, bekannt, das Wort ergreif.

Auf dem Willyplatz nahm Inhaftigen Hauptmann a. D. v. B. aus einem offenen Auto heraus die Parade ab. Die Gänge marschieren in Dreierreihen in ihm vorbei zum Friedrichs-Platz. Um 10 Uhr hatte der letzte „M.-Mann den Platz vor dem Karl-Liebknecht-Park verlassen. Die Polizei behauptete allein das Feld auf dem einmigen, schneebedeckten Platz...

## Melchers Dank

Der Berliner Polizeipräsident Dr. Melcher hat folgenden Inhalt herausgegeben:

„Allen Beamten der Schutzpolizei und der politischen Polizei spreche ich für ihre Pflichttreue und ihre erfolgreiche Arbeit im vergangenen Sonntag meinen Dank und meine besondere Anerkennung aus. Die Berliner Polizei hat erneut bewiesen, daß sie pflichtgetreu Entschlossenheit und Verbotensverbot, nicht aber umgehender Erlaubnis verdient, weil ordnungsfindende Elemente es zu führen drohen. Mit solchem festen Verstand würde sich die Polizei zwar für den Augenblick ihre Sache leisten, auf die Dauer aber der Staatsnotwendigkeit schaden, die auch für den Polizeibeamten selbst der beste Schutz und die größte Verleicherung seines Dienstes ist.“

Dank haben die Beamten sicher verdient. Es haben die schwere Aufgabe gelöst, die ihnen gestellt war. Aber die Aufgabe der Staatsführung muß es sein, den Einsatz von Waffengewalt, wie sie gestern aufgeboten waren, nur dann vorzunehmen, wenn ein zwingendes Interesse der Allgemeinheit vorliegt.

Am Abend veranfaßten die Nationalsozialisten im Sportpalast eine Gedenkerfeier für Adolf Weisels. Wie die Nationalsozialisten bemerkt sind, die Zwangsmaßnahmen, in die sie durch ihren Aufruf die Regierung gezwungen haben, auszunutzen, zeigte sich bald von neuem. Der Reichstag der Sozialdemokratie am Abend des Umanthick zurückgelassen Graf Seiffers, besagte, man verdante den einmigenen klumpfischen Ablauf des Tages der „vorwiegend nationalsozialistischen“ Einstellung der Schupo.

polizei. Also: schließt der Staat die Prozeduren, so suchen sie das als Samptatleistung der pflichttreuen Staatsmacht, unter der Staat den Schutz der Prozeduren, zu haben ist das als Schwächung. Nicht ohne unfehlweise Schlichter von überigen Hülzer, bei seine Anklage damit schloß, man könne „nur bitten, daß der Umanthick uns nicht feige lassen sein möge“.

Die Kommunisten kündigen für Mittwoch nachmittags einen „antifaschistischen Demonstration“ am Karl-Liebknecht-Park, „ohne Polizeischutz“ sowie eine „antifaschistische Demonstration“ an.

Bei dem einzigen schweren Zusammenstoß, der sich gestern ereignete, ist der Polizei-Oberwachmannmeister Heise schwer verletzt worden. Der Beamte, der sich auf Umanthick befindet und Hülzerleitung trug, nahm sich an der Ausrückung

## Keine Einigung in Breslau

### Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRESLAU, 23. JANUAR

Die Verhandlungen zwischen einer Kommission des Großen Senats der Breslauer Universität und den Vertretern der studentischen Gruppen sind am Montag fortgesetzt worden, obwohl gegen alle Vermählungen am Freitag abend verabschiedeten Studenten eine neue Kriegsaktion in die Öffentlichkeit gebracht hatten. Trotz dem das Entgegenkommen der Professoren einen positiven Erfolg der Verhandlungen nicht herbeiführen können. Sie sind abgeschlossen worden mit einer Erklärung, aus der hervorgeht, daß die unvermeidlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den verabschiedeten Studenten und den um die Schlichter befragten Professoren fortbestehen.

Nach Umanthick Berührung der Beobachtungen der Vereinigungen von Professor Cohn ist also die Lage im ganzen ganz die gleiche wie zu Weisels. Es werden sich weiterhin diejenigen studentischen Kreise, die die Universität für den gegenwärtigen Studenten, politische Maßnahme auszuführen, und die für die Ruhe und Ordnung in der Universität verantwortlichen Professoren gegenübersehen.

Der Kampf zwischen diesen beiden Gruppen wird mit einigem Interesse von den Lesenden von Studenten verfolgt, die nicht schlichter wünschen, als in Ruhe ihren Studien und ihrer Ausbildung nachzugehen. Aber da diese Lesende sich bis jetzt in keinem festen Form aktiviert haben, werden sie bei der Auseinandersetzung über ihr eigenes Schicksal offenbar von keiner der beiden streitenden Mächte als ausfallgebend betrachtet. Deshalb zu berichten ist, daß die altivere Minorität die große Mehrheit weiter benachteiligen wird.

## Drohung mit Tütlichkeiten

Zusammensitz des Siedlungsausschuss  
Im Anschluß für landwirtschaftliche Siedlungswesen kam es heute zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Die Nationalsozialisten beschwerten sich darüber, daß in sozialdemokratischen Kreisen die Hülzerungen von „Polizeibereitern der Nationalsozialisten im Reich“ gesprochen worden sei. Die Nationalsozialisten wendeten sich diese unwahre Behauptung nicht gefallen lassen und würden sie mit Verdrängung beantwortet. Die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder erwiderten, daß sie sich diese Drohungen nicht gefallen ließen. Der Vorsitzende Schuler-Gapen (Dnat.) erklärte schließlich die Parteien, im Anschluß einen Verdrängung anzuwenden, der eine sofortige Weiterarbeit ermöglichte.

Dann ging man an die Beratung der sozialdemokratischen Anträge, in dem die Regierung erklärt wird, Kanoniker, die Darlehen für Eigenheim erhalten haben, die Rückzahlung durch Beteiligung auf 50 Jahre zu erleichtern.

## Kontrolle tut not

### Rechnungshof als Hüter des Etats

Der Reichshaushaltsauschuss hat dem Reichstag den Bericht über die Verhältnisse der Rechnungshofes des Deutschen Reiches vorgelegt. Eine Stelle dieses Berichtes erhebt eine besondere Beachtung zu verdienen:  
„Grade jetzt ergeht eine häufige Beobachtung aber grundsätzlichen Gesichtspunkte des Haushaltsrechts um so bringender, damit nicht die ohnehin durch die Schwächung der Legislative einseitig in ihrer Würde beginnende Gefahr des unter großer Mühe und aus entbehrlichen Erfahrungen aufgebauten Haushaltsrechts wieder zerfallen läßt. Die Aufgabe, die die Legislative durch die widerholten Aufstellungen des Reichstages und durch die ausgedehnte Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung in ihrer Arbeit wesentlich gehemmt ist, erhöht zwingend die Be-

## Drei Todesopfer in Köln

In mehreren Städten im Reich verlief der Sonntag unruhig. So besonders schweren Zusammenstößen kam es in Köln. Mehrere kommunalistische Demonstrationen waren vom Polizeipräsidenten in letzte Stunde verboten worden. Die Polizei befehlt durchzuführen lassen, Hülzer mehrfach auf Umanthick. Bis in den letzten Abend hinein kam es zu Schießereien. Nach dem amtlichen Bericht betrug die Zahl der Verletzten sieben. Drei von ihnen sind in der Stadt ihren Verletzungen erlegen.

Der Bericht gibt an, die Demonstration hätten auf die Beamten getroffen, worauf diese die Feuer erwidert hätten. Nach der Zug einer Straßenbahnlinie sei beschossen, hier jedoch niemand verletzt worden.

Während eines nationalsozialistischen „Propagandamarsches“ in Dortmund wurden in mehreren Straßenlägeren ein Nationalsozialist und zwei Kommunisten durch Pfeerschläge und Schläge mit Schablenen schwer verletzt. In Augsburg mußte die Polizei gegen Kommunisten, die verbotenerweise demonstrieren, mit Gummistocks vorgehen. Ernstlich verletzt wurde niemand; vierzig Personen wurden zwangsgewaltig.

## Die thüringischen Kirchenwahlen

Im Lande Thüringen fanden am gestrigen Sonntag Neuwahlen zum Evangelischen Landesrat statt. In den meisten der Nationalsozialisten ebenso wie feinerzeit in Weimar die denbar größten Anstrengungen machten, die Herrschaft über die evangelische Kirche zu gewinnen. Es haben ihr Ziel bei weitem nicht erreicht. Von 51 Sitzen ergaben sie 16, also weniger als 30 Prozent.

Im einzelnen entfielen auf den liberalen Volkskirchenbund 10 Sitze (44 046 Stimmen), auf den Christlichen Volksbund 21 Sitze (47 808 Stimmen), auf den Einigungsbund für reformatorischen Kirchentum 8 Sitze (30 002 Stimmen), auf den Bund religiöser Sozialisten 7 Sitze (30 228 Stimmen), auf die nationalsozialistische „Deutsche Christen“ 15 Sitze (67 714 Stimmen).

Zu den gewählten Abgeordneten treten noch einige weitere als Vertreter von Kirchengruppen hinzu.

## Gedenkfeier für Justizrat Pinner

Die Gedenkfeier, die der Deutsche und der Berliner Anwaltswahlverein mit der Justizrat Dr. Albert Pinner veranstalteten, nahm einen sehr feierlichen Verlauf. Der Präsident des deutschen Anwaltswereins, Dr. Rudolf Dill, hielt die Gedächtnisrede, die das Leben und Wirken Pinner nach allen Richtungen zu erschließen versuchte. Er betonte sein großes, warmes und universales Menschenstum, das zum höchsten Maßstabe können gleichzeitig hohe Berufstätigkeit zusammenfließen. Zur Gedenkfeier gehörte auch die Rede des Justizrats Dr. Pinner, die durch die Paragrafenverwirklichung in das wirtschaftliche Getriebe, daß er, der dazu gewiß befähigt war, einen Kommentar des Bundesratsgesetz aus Eigenem aufzuarbeiten, trotzdem auf das Herz Staats weiter baute, ist ein Preis für die Gerechtigkeit, die Gerechtigkeit als größte der Tugenden besitzt.

Als warmer Patriot wandte Pinner sich während des Vortrages gegen ungeliebte Anordnungen des Reiches. Der deutsche Anwaltswahlverein war er ein unverschieblicher Führer in höchster Notzeit, wie wir uns ihm nicht bezweifelnd wünschen konnten.

Dr. Gedächtnisrede war von multifachen Darbietungen umrahmt, für die sich Mitglieder der Anwaltswahlvereine zur Verfügung gestellt hatten.

Unter den Anwesenden sah man den preussischen Justizminister Dr. Schmidt, den sächsischen Justizminister Dr. Soel, Staatssekretär v. Oeliger, Kommerzienratpräsident Dr. Tige und die Präsidenten der anderen Berliner Gerichte, sowie ausmaßliche Mitglieder des Reichstages des deutschen Anwaltswereins.

## Inhalts Finanznot

An der Tagung des Anhaltischen Beamtenbundes in Dessau, in der Beschlüsse erlassen wurde gegen die spärlichen Maßnahmen, die im nationalsozialistischen registriert Anhalt gegen die Beamten zu Stande gekommen sind, gab Ministerpräsident Frensdorf eine Darstellung der katastrophalen Finanzlage. Man habe jetzt dem Gemeindefiskus erklären müssen, daß vom Staat Zuschüsse zur Zahlung der Beamtenbezahlung nicht mehr geleistet werden könnten. Obwohl sie man auf die Dauer nicht mehr in der Lage, Vorkrisis für die Wohlstandsmittelherstellungen zu zahlen. — Wie die nationalsozialistische Regierung vor fast einem Jahr das Land übernahm, befanden sich seine Finanzen in mangelhafter Ordnung.



# Notizen zur Außenpolitik

## Entmilitarisierte Zone

Die Agence Haas hat kürzlich eine Meldung durch die Welt gehen lassen, daß Deutschland bei den kommenden Verhandlungen der Abrüstungskonferenz aus der Umfassung der entmilitarisierten Zone im Rheinlande fordern werde. Die Nachricht besagt offenbar, in Frankreich und in anderen Staaten würde man sich nicht ohne weiteres zu einem Einverständnis bereit erklären lassen. Es bedarf keiner amtlichen Richtigstellung, um den Tenorcharakter des Haas-Telegramms zu entlarren. Jedermann weiß, daß die Diskussionen über die entmilitarisierte Zone in Deutschland in ganz anderer Richtung laufen. In ihnen kommt vielmehr die Hoffnung zum Ausdruck, daß sich Frankreich eines Tages entschließen wird, aus seinerlei die entmilitarisierte Zone zu erweitern. Und diese Erweiterung hat man große in der letzten Zeit in Deutschland von der Verhärtung der Garantionen an der französischen Rheinseite Kenntnis genommen, von denen französische Zeitungen ein sehr detailliertes Bild entwerfen. Würde man in Deutschland so nervös und argwöhnlich, wie man in Frankreich zu sein pflegt, so wäre es wohl bei dem Gedanken nicht geblieben. Es wäre Aufregung und Streit entstanden, und der Ruf nach Sicherungsmaßnahmen wäre erschallt. Von alledem hat man nichts vernommen. Aber wenn nun von französischer Seite das Märchen verbreitet wird, Deutschland verlange die Abschaffung der entmilitarisierten Zone, dann nimmt man sich doch berechtigt, darauf hinzuweisen, daß, wenn Japan Gründe zur Unruhe bestehen sollen, nur wir diese Gründe zu uns zu verhalten. Wir können nicht ohne Grund unsere Maßregeln der neuen Weltordnung an sich festsetzen. Wir werden verpfändungen zu müssen laufen. Und darf man sich schließlich befürchten, dann wird Zweck hinter Umgruppierung erfinden? Ist es vielleicht eine neue Methode, für die so sehr gewinnliche Abrüstung zu demonstrieren?

## Deutsche Gleichberechtigung 1932

Der Art. 341 des Versailler Vertrages beauftragt die Dörmotmission, eine Stomatote zu schaffen. Der ganze historische Teil der Ober fließt durch dieses Gebiet, des oberen, nicht schiffbaren Teils ereignet sich die Dörmotmission. In der Kommission haben neben Deutschen die Franzosen und Engländer, den ehemaligen Kaiser von Deutschland und Dänen. Das Dokument, das uns zur Unterfertigung präsentiert wurde, war in englischer und französischer Sprache abgefaßt. Es wurde von der deutschen Regierung abgelehnt, aber keineswegs nur aus sprachlichen Gründen. Denn die Kommission hatte es sich angelegen sein lassen, nicht etwa ein wirtschaftliches, sondern ein politisches Dokument zu schaffen, für das der Vertreter der Versailler Konferenz Verantwortung trägt. Er ist jetzt ausfällt, fordert er nun Deutschland (speziell) die Rechte auf seine Souveränität. Er greift ein in die deutsche Abhängigkeit, denn die Aufhebung aller Abgaben soll erst die Bildung der Kommission finden. Dafür will man Deutschland verpflichten, große Bauteile, wenn die Kommission für sie gut befindet, durchzuführen. Zum Kriegesfall soll Deutschland der Besatzungsmacht einen gleichwertigen Transportweg erschaffen. Die Polen haben international rechtliche Bestimmungen, wie sie sonst allgemein üblich sind, abgelehnt, um Östingen zu schützen. Die deutsche Regierung hat ihre Ansprüche, in größter Höhe zusammengefaßt, in einem doch recht umfangreichen Dokument niedergelegt, das seinen Weg in die verschiedenen Hauptstädte nun angetreten hat. Zeit und Mühe werden sich zeigen, um die verschiedenen Mächte am Zuge. Was würden die Engländer im weiteren Sinne ihnen ein Statut über die Thematik vorlegen würde, das ihnen in deutscher Sprache die Souveränität über den Staat verleiht? Aber es gibt heute ohne Dinge, die Selbstverständlichkeiten darstellen, für alle Staaten, der sich ihr Deutschland.

## Roosevelts Konferenz mit Hoover

Unmittelbar nach der Konferenz Roosevelts mit Hoover erzählt man zum ersten Male, daß Roosevelt ernsthaft daran geht, sich sein Kabinett zusammenzusetzen. Würde das mit Besetzungung gelingen, so würde großer Ruhm auf den Köpfen, daß die amerikanische Politik eine Aktivität wiederfindet, die sie in den letzten Jahren vermissen mußte. Denn der neuwahlgewählte Präsident ist, selbst wenn er sich als politischer Gelehrter darstellt, handlungsfähig, solange er sich nicht mit jenen Ratgebern umgeben hat, die allein imstande sind, auch in die Einzelheiten der zu behandelnden Fragen auf Grund ihrer politischen Spezialkenntnisse hinzuwirken. Die Besetzung, welche die Besetzungung erfordert, ist natürlich offenbar schon in weitem Maße von den Besetzungungen des neuen Kabinetts. Während Hoover die Schuldner eher als eine Belastung der amerikanischen Politik zu empfinden scheinen, hat den Anschein, als sei Roosevelt anders eingestellt. Ihm scheinen die Amerika geschuldeten Beträge zum mindesten ein günstiges Preisbewußtsein zu sein. Und daß er sie auszubahlen will, das beweist die an England gerichtete Aufforderung, in wirtschaftlichen Verhandlungen gemäßigter Natur aufzutreten. Selbstverständlich kann diese Forderung der neuen amerikanischen Politik für die Engländer kein Versteher sein, denn mehr als dem Gebiete der Zollpolitik, noch gar der Abzugsfragenpolitik können ihnen wesentliche Konzeptionen leicht werden. Sehr einfach werden also die Verhandlungen nicht werden. Die Besetzungung des Kabinetts wird die amerikanische Aufforderung sein, denn auch nicht anders zu sein. Von Verhandlungen der Vereinigten Staaten mit Frankreich ist nicht die Rede, solange Frankreich an seiner Zahlungsverweigerung festhält. Es ist auch noch gar kein Weg erschlossen, auf dem Frankreich aus der unerquicklichen Lage herauskommt, in die es sich hineinliefert hat. Wenn oder England verhandelt, während Frankreich überhaupt nicht zum Ver-

handeln kommt, dann ist auch von dieser Seite her gesehen Englands Lage keineswegs einfach. Denn je weiter es sich in der Schuldentage von Frankreich entfernt, desto ungewisser wird das Schicksal des Ergebnisses zum Laufe. Andererseits: je mehr es auf Frankreich Rücksicht nimmt, desto

eher läuft es Gefahr, seine Aussichten in den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zu gefährden. Die Aufgabe, die vor der englischen Politik liegt, ist also sehr kompliziert, und es wird alles daransetzen, von den Vereinigten Staaten Verständnis für seine schwierige Situation zu erlangen.

# Englands und Washingtons Vorschläge

### Skeptische Aufnahme — Macdonald nach Washington

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 23. JANUAR

Das englische Kabinett wird sich in einer heute nachmittag stattfindenden Vollziehung mit der durch die amerikanische Einladung zur Schuldenkonferenz nach Washington gegebenen Lage beschäftigen. In unterrichteten Kreisen der öffentlichen Meinung wird die Auffassung vertreten, daß die kommenden Verhandlungen in Washington sich in der Form amerikanischer Konzeptionen in der Kriegsschuldenfrage gegen Englands Verprechen, zum Goldstand zurückzuführen, abspielen werden. Sir Walter Rostow spricht heute in „News Chronicle“ davon, daß man in Amerika bestrebt, eine große Anleihe zu begeben, die teilweise für eine Erhöhung Englands an Amerika verwendet und zum Teil zur Stärkung der englischen Goldreserven als Voraussetzung zur Stabilisierung dienen soll. Dies Gerücht gibt auch in bestimmter Form das „City-Blatt“ „Financial News“ wieder. Eine andere Version, auf der der „Daily Herald“ neigt, ist, daß England sich in Washington zu einer einseitigen Stabilisierung nach zwei Jahren verpflichten wird, bis zu welchem Zeitpunkt aber bereits die Weltkreditfrage mit Dollar nach Washington gelassen werden soll. Diese Frist von zwei Jahren sei nicht fest den englischen Schatzkammer und der Bank von England als unerlässliche Überlegungsgegenstand vorgeschlagen worden.

Es scheint sich aber eine einseitige Front gegen die Beizugung von Schulden- und Abzugsfrage in England zu bilden. Rostow argumentiert, daß die Beizugung des Kriegsschuldenkomplexes und die Wiederherstellung einer festen Pfundparität zwar wesentlich zur Eliminierung der Risikofaktoren beitragen würden, daß aber ohne gleich-

zeitigen Abbau der übrigen Handelsbeschränkungen, vor allem der Zölle, die Voraussetzung nicht erfüllt sei, eine Währung überhaupt stabil zu halten. Er kommt mit anderen Theoretikern zu dem Schluß, daß die Stabilisierungsfrage vor das Forum der Weltwirtschaftskonferenz gehört. „Financial News“ unterzieht diese Auffassung noch mit dem Argument, daß eine einseitige Regelung des Sterlingkurses nicht ohne lästige Mißfolge Frankreich ratum füt und daß, falls dieses Problem schon jetzt einseitig verpflichtend Amerika und England gelöst werde, Frankreich der Verpflichtung entgehen würde, seinerlei Opfer für eine grundlegende Vereinigung der weltwirtschaftlichen Lage zu bringen.

## Washington auch zu Verhandlungen mit anderen Mächten bereit

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 23. JANUAR

In Washington Regierungskreisen wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die Verhandlungen über die Schuldenfrage eine günstigere Atmosphäre für die Weltwirtschaftskonferenz schaffen werden. Man erwartet, daß auch die anderen Schuldnermächte dem Beispiel Englands folgen und Delegationen nach Washington schicken werden. Man läßt sich Verhandlungen mit Frankreich und anderen in Bezug gerateten Schuldnern nicht aus, und man wird diesen nachgeben, zunächst die Dezember-fälligkeit zu lassen, weit hebrung die Staatsfinanzen auf Streifen verbleiben werden. Der französische Oskande wird in den nächsten Tagen vorausichtlich einen Antrag um Einleitung von Verhandlungen zwischen seinem Lande und den Vereinigten Staaten stellen.

# Schwieriger Japan-Bericht

### Die Völkerbundmächte können sich nicht einigen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 23. JANUAR

Die Aufstellung über den Urteilsspruch des Völkerbundes im ostasiatischen Konflikt löst, wie vorauszuhehen war, trotz der grundsätzlichen Einigung zum Sonnabendmorgens noch auf große Schwierigkeiten. Die Neuzugewinnungskommission hat heute vor allem in einer zwölfstündigen Aussprache unter Vorsitz des belgischen Außenministers Symans dies Schwierigkeiten zu schaffen und einen kleinen Komitee die Aufgabe übertragen können, einen Einigungsversuch bei den Streitigkeiten, die der Neuzugewinnungskommission anzuvertrauen, zu unternehmen.

Die Gegenstände beziehen sich auf den Inhalt des Berichts, der auf Grund von Artikel 15 § 4 des Völkerbundespatentes der Völkerbundermittlung vorgeschlagen worden soll. Von den Schlußempfehlungen ist, soweit wir aus den vertraulichen Verdrehungen erfahren, einstricken in der Kommission noch nicht viel zu Rede gekommen.

Außer diesem Bericht über das Scheitern der Vermittlungsausschüsse muß aber die Völkerbundermittlung noch den Bericht erhalten und veröffentlicht, der folgenden ihr politischen Urteil über die Vorgänge enthält. Um diese Fragen kartographisch, wenn zunächst ein Komitee aus neun Mitgliedern eingesetzt, dem die Vorbereitung des Berichts obliegt. Für Deutschland wird an dem Komitee, wie an den bisherigen Verhandlungen der Neuzugewinnungskommission, der Völkerbundermittlung, Gelehrter von Keller, teilnehmen.

## Derriot mahnt Amerika

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 23. JANUAR

Am „Apostrophe“ veröffentlichte der frühere Ministerpräsident Derriot einen Abruf zum Konflikt in Ostasien. Er gibt dabei recht deutlich zu verstehen, daß er Japan die Schuld an der geschlossenen Entwicklung zuzählt. Die ostasiatischen Ereignisse stellen sich ihm als eine wirtschaftliche Katastrophe dar. Die Bismarckstellung bei der großen Pause zu erkennen, um sich leichter dem Sieg über die weiße Pause zu sichern. Derriot erwähnt Amerika nicht, die die Schlichtung dieses Streites zu irgendwelchem Zeitpunkt bei seiner großen Aufgabe beizufügen.

## Neue antiamerikanische Demonstrationen in Japan

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 23. JANUAR

Während es schon vor einigen Tagen zu Aufsehungen freilebender japanischer Arbeiter gegen die amerikanische Eingangssteuererhöhung in Yokohama gekommen war, wurde am Son-

tag das amerikanische Konsulat von der Volksmenge bedrängt. Mehrere hundert Mann Militär hatten einen Schutzpatrol aus dem Konsulat her. Einige Militärbesitzer wurden verhaftet. Der amerikanische Botschafter in Tokio machte den japanischen Außenminister auf die gespannte Lage in Yokohama aufmerksam. Er hielt sich die ganze Nacht über in telegraphischer Verbindung mit dem dortigen Konsulat. Neue Zwischenfälle erregten sich nach dem Eingreifen des japanischen Militärs nicht mehr.

## Genfer Aktion gegen Oesterreich?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 23. JANUAR

Der Vertreter der Alineen Entente in Genf hatten, wie das „Echo de Paris“ berichtet, mit dem französischen Delegierten Maßstab eine private Konferenz wegen der Waffentransporte über die Ostsee in Sibirien. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit zur Kenntnis des Völkerbundes zu bringen. Die Einzelheiten der Aktion fallen erst später festgelegt werden. Auf jeden Fall aber kommt es Frankreich und den Alineen Entente darauf an, eine möglichst rasche und wirksame Prozedur zur Einsetzung einer Untersuchungskommission in Oesterreich zu finden.

## Chéron-Plan verzögert sich

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 23. JANUAR

Die Finanzkommission der Kammer hat in den Gantierungsplan Chérons schwere Besehen geschlagen. Die Steuererhöhungen, die ursprünglich 65 Milliarden erbringen sollten, werden jetzt nach optimistischer Schätzung kaum mehr als 2 oder 3 Milliarden einbringen können. Chéron hat die Kommission das Konzept der Sparmaßnahmen vorgelegt. Dann sollen auch nach der Ministerpräsident Paul-Boncour und der Finanzminister Chéron angeordnet werden.

Die Finanzkommission wird ihre Arbeiten nicht vor Donnerstag, 26. Januar, beendet haben. Es bleiben dann also nur noch fünf Tage, um das Gantierungsprojekt in Kammer und Senat durchzuführen, denn das Projekt enthält bekanntlich auch das sogenannte Budgetlöcher für den Monat Februar und muß daher noch vor dem 1. Februar genehmigt werden. Ungeachtet der Unmöglichkeit, die ganze Arbeit innerhalb dieser Fristen, ist man daher auf den nächstliegenden bequemsten Weges verfallen, das Etatsbudget vom Gantierungsplan zu trennen. Es soll zunächst das Budgetbudget für Februar mit einigen leichten Reformen genehmigt werden. Damit würde man einen guten Monat Zeit gewinnen, um die Gantierungs- und Reformpläne eingehend prüfen zu können.

# Steckbrief hinter den Brüdern Rotter

Die Schweizer Polizei auf der Suche

Gegen die Brüder Alfred und Fritz Rotter, die, wie berichtet, nach dem Zusammenbruch ihres Konzerns aus Berlin vertrieben waren, ist jetzt auf Antrag der Staatsanwaltschaft Göttingen wegen Betrugs des Kontorverwalters, der Anweisung zum Kontorverwalter und Untreue erlassen worden. Die Brüder werden festgenommen verurteilt.

Der Staatsanwalt hat sich zum Haftbefehl und Steckbrief erst nach langer eingehenden Vernehmung von Personen aus dem Kreise um die Brüder Rotter entschlossen. Bei diesem Verhör ergab es sich, daß es sich bei dem Verbrechen, deren man die Brüder Rotter anfragt, um Auslieferung-Geld handelt. Von der Staatsanwaltschaft ist daher noch im Laufe des Sonntags der Steckbrief an alle ausländischen Behörden, namentlich aber an die Schweiz, gelangt worden.

Alfred Rotter wurde von der Grenzbehörden Polizei gefaßt. Er hat sich in einem größeren Hotel in St. Marii mehrere Tage aufgehalten, das er dann fluchtartig, ohne Bezahlung seiner Rechnung, verließ. Von dort hat er sich mit seiner Frau nach Luzern begeben, wo er im Hotel Rotational bis zum 19. Januar weilte. Er fuhr dann allein nach Göttingen und traf sich dort mit seinem Bruder im Hotel Bar-Cas. Von dort sind beide am 21. Januar, ohne Angabe eines Pseudeims, aber jedenfalls in fiktiver Richtung abgereist. Frau Alfred Rotter befindet sich noch in Luzern.



Das Theater in der Sternemannstraße, in dem es, wie berichtet, am Sonnabend abend zu unheimlichen Szenen kam, weil der Verlag E. Fildner an der Abendfeier 900 Mark pfänden ließ und die Theaterdirektion daraufhin Rufe und Rufen entwarf, ist jetzt vollständig wieder. Der Verlag hat noch längere Verhandlungen mit dem Theater zu führen, um die Sache zur Klärung zu bringen, so daß in dieser Beziehung für das Theater keine Schwierigkeiten mehr bestehen.

## Zwei Wasserrohrbrüche in Charlottenburg

In der Berliner- und Lützowstraße

In Charlottenburg ereignete sich Sonntag früh ein Wasserrohrbruch von solchen Ausmaßen, die die Nachbarn nicht nur niemals erlebt, sondern die überhaupt noch in einem sogenannten 500er Hauptort der Städtischen Wasserversorgung betreffen wurde, ereignete sich vor dem Hause Berliner Straße 89, und die Wasserfluten, die von der Erde emporstiegen, überfluteten die umliegenden Gärten und Quadrate. Die Straßenfluten waren schließlich überflutet. Die Wasserversorgung wurde erloschen. In unmittelbarer Nähe, in der Bürgerstraße, noch ein Hauptort der Charlottenburger Wasserversorgung, so daß die Überflutung noch gewaltiger wurde. Die Fluten, die sich in die Keller der Häuser ergossen und auch hier erheblichen Schaden anrichteten, unterfloss auch unter anderen das Straßenbahngeleise und gefährdete die Grundmauern der Gebäude. Der gesamte Straßenverkehr mußte bis auf weiteres eingestellt werden.

Die Entlastungsfrage des Wasserbruchs ist vermutlich auf die Keller der letzten Ecke zurückzuführen. Der Grund erfolgte mit großer Gewalt, daß das Wasser in hohen Böden in die Luft flog. Eine riesige Fontäne hob sich gen Himmel und innerhalb weniger Minuten ergossen die Berliner Straße in einer Höhe von einigen hundert Metern und die angrenzenden Straßen überflutet.

Mit 13 Motorspinnen verlor die Feuerwehr in stundenlangen Arbeit die Überflutung einzudämmen. Aber erst vier Stunden später konnte das geberdete Hauptwasserrohr von den Wasserwerkern abgeleitet werden, so daß noch an der Wasserleitung langsam kam. Die Arbeiter der Werk bauten jedoch bis in die heutigen Morgenstunden hinein.

**Millionenbürgerschaft der Stadt Berlin.** Der Gesundheitsrat des Stadtparlaments stimmte heute einer Bürgerrechtsübernahme der Stadt für die in Charlottenburg, Nord-Südost-Str. 89, in Höhe von acht Millionen Mark u. Die Bürgerrechte kommen aus der Zeit des U-Bahnbaus Ost-Brandenburg-Strassen.

## 50 Jahre Ch. B. j. M.

Die Feier des 50jährigen Bestehens des Christlichen Vereins junger Männer verläuft gestern nachmittag und abends einige tausend Mitglieder und Freunde, darunter viele Verwandte und Schulfreunde, im großen Saal der Beethovenstr. Mit dem Vorklang des „Ave Maria“ begann die Feier. Die Reden waren abwechslungsreich. Die Reden waren sehr lebhaft und die geistlichen Reden in der Beethovenstr. Die Reden waren sehr lebhaft und die geistlichen Reden in der Beethovenstr.

Die Anteilnahme an der Jubelfeier kam durch zahlreiche Begrüßungsbesuche, darunter ein von Reichspräsidenten von Hindenburg, und die große Zahl erdienter Vertreter hervorragender Organisationen zum Ausdruck. Die Festreden von Pastor D. Paul de S. u. a. waren die geistliche Bedeutung und die geistlichen Reden der Beethovenstr. In den vergangenen fünfzig Jahren und möchte an die überlebenden Mitglieder der Beethovenstr. und die große Zahl erdienter Vertreter hervorragender Organisationen zum Ausdruck. Die Festreden von Pastor D. Paul de S. u. a. waren die geistliche Bedeutung und die geistlichen Reden der Beethovenstr.

**Der Pressenall-Alarm.** Der Alarm der Presse, der am 28. Januar in Göttingen stattfand, führt die „Wieder Liebesbriefe“. Das kleine Händchen, das als eine Art moderner Liebesbriefsteller gedacht und von Professor Hans Meid

## Das Verfahren gegen Knöpfe

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zur Aufklärung der gegen den Direktor der Berliner Finanzbank, Friedrich Georg Knöpfe, erhobenen Beschuldigungen sind dadurch erschwert, daß Knöpfe sich selbst der Steuerhinterziehung befleißigt hat und zwar an dem Tage, an dem ihm die Eröffnung des Strafverfahrens wegen unzulässiger Wettbewerbs mitgeteilt wurde. Die Staatsanwaltschaft prüft jetzt, ob die unbilligsten Transaktionen zwischen ihm und der Firma Henschel, die den Abschluß der Entgegennahme von Schmelzungen herangezogen haben, nur unter dem Gesichtspunkt des Steuerbetrugs vorgenommen worden sind. Der Verdacht der unzulässigen Entgegennahme von Geldern durch die Drucker ist auch nach den letzten Feststellungen nicht entfällt.

## Die Polizeibeamten tagen

Um die Nachfolge Ernst Schraders

Der Tagung des Verbandes Preussischer Polizeibeamter, die in diesen Tagen im Reichsanwaltschaftsausschusse stattfindet, kommt vor allem dadurch besonderes Interesse zu, daß es sich hier darum handelt, die neue Besetzung der Polizeibeamtenstellen zu bestimmen. Die „Börsen-Zeitung“ hatte freigelegt darüber berichtet, daß der langjährige Vorsitzende des Verbandes, Ernst Schrader, unter dessen Führung der Verband Bedeutung und Popularität gewann, im vergangenen Jahr offenbar aus politischen Gründen von seinem Posten zurücktrat.

In dem mit dem Reichsadler geschmückten Plenarsaal bemerkte man bei der Eröffnung zahlreiche Beobachter, unter ihnen den Ministerialbeamten Geheimrat Dr. Graefler aus dem Reichsanwaltschaftsamt, den Berliner Polizeipräsidenten Meißner, den gegenwärtigen Kommandeur der Schutzpolizei Pater und seinen Vorgänger Feinmann; ferner den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes Flügel und andere Vertreter bedeutender Organisationen.

Nach Begrüßungsworten des stellvertretenden Vorsitzenden Schrader, der besonders die Verdienste des Bundesvorsitzenden Flügel um die Einheit der Beamtenorganisation und die überparteiliche Haltung in der fiktiv-bewegten Zeit anerkannte, führte Ministerialbeamter Dr. Graefler als Vertreter der Reichsanwaltschaftsamt an, daß es seinen obersten Grundgedanken sei, daß alle Polizeibeamten nach ihren Leistungen eine parteipolitische Beurteilung erfahren und beurteilt werden dürften. Alle Parteipolitiker seien aus dem Reihen der Polizeibeamtenschaft zu entfernen. Der Reichsanwaltschaft habe keine Freunde an politischen Vertretern, sondern an Männern, die treu zu ihrer Überzeugung stehen. Daher verurteile er alle politische Meinungsäußerungen und alles Demagogentum in der Beamtenschaft. Die Polizei müsse von parteipolitischen Gesinnungen erfüllt sein, wenn sie die Aufgabe der Staatsanwaltschaft im Sinne des alten preussischen Beamtenrechts ihre Pflicht erfüllen wolle. Im übrigen ließ sich der bisherige Aufbau der preussischen Polizei gut befinden, so daß keine grundsätzliche Veränderung, sondern lediglich eine organisatorische Entwicklung notwendig sei.

Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Flügel, gedachte in warmen Worten des früheren Bundesvorsitzenden Schrader, der einen Ehrenplatz in der Geschichte des Berufsbeamtenstandes verdiene. Einheit und Aufbau müsse die Parole für die deutsche Beamtenschaft sein. Alle Behauptungen, das Recht der staatsbürgerlichen Freiheit den Polizeibeamten durch Einschränkung der Raub ihres Wohlstands zu kürzen, werde der Deutsche Beamtenbund entschieden bekämpfen. Demnach sei der Lebensbedarf, den die sozialdemokratische Bundtagsabgeordnete Simon fand, als er die preussische Polizei als das Bollwerk des preussischen Freiheitsstaats und als das Bollwerk der deutschen Republik bezeichnete.

Nach Ansprachen von Beamtenvertretern aus Holland, Danzig und dem Saarland erhaltete der Vorsitzende Schrader den Jahresbericht, den er mit politischen Ausführungen einleitete. Hierbei fand er unmissverständliche Worte der Anerkennung für

## Berliner Diplomaten

Der französische Botschafter und Mme. Francoise Bonnet pflegen die Besuche ihrer Heimstadt, wo sie sich immer in die Stadt in die Palais zu bewegen, und die Weg für die deutsche Botschafterin führt. Auch Frau Clara, den großen Mann des Films, und seine Gattin, und viele die zum Essen ein. Mit ihnen wird auch die Botschafterin, die dem Heimland treu bleibt, und die Botschafterin, die dem Heimland treu bleibt, und die Botschafterin, die dem Heimland treu bleibt.

Zwei große Volksfestempfehlungen am Freitag nachmittag: In der spanischen Volkstanz trat man sich an, und es wurde ein sehr lebhaftes Fest. In der spanischen Volkstanz trat man sich an, und es wurde ein sehr lebhaftes Fest. In der spanischen Volkstanz trat man sich an, und es wurde ein sehr lebhaftes Fest.

Zwei große Volksfestempfehlungen am Freitag nachmittag: In der spanischen Volkstanz trat man sich an, und es wurde ein sehr lebhaftes Fest. In der spanischen Volkstanz trat man sich an, und es wurde ein sehr lebhaftes Fest. In der spanischen Volkstanz trat man sich an, und es wurde ein sehr lebhaftes Fest.

die Botschafterin, die dem Heimland treu bleibt, und die Botschafterin, die dem Heimland treu bleibt, und die Botschafterin, die dem Heimland treu bleibt. In der spanischen Volkstanz trat man sich an, und es wurde ein sehr lebhaftes Fest.

## Nach der Marienburger Heberfall aufgefährt

Täter: die B.V.G.-Räuber

Nach einer aufregenden Verfolgung, die sich von Sonnabend nachmittag um 5 Uhr bis in die frühen Morgenstunden hinzieht, wie wir in einem großen Teil unserer Sonntagsgeschichte berichten, die die Mitglieder der B.V.G. einer der gefährlichsten Missetäter des B.V.G.-Lieberfall, gefangen. Nach dem Mord, dessen Täter, wie wir ebenfalls schon mitteilen, einen Selbstmord beging, wurde, hat in der Nacht vor dem Sonntag die Heberfall im Gefängnis abgelegt, aus dem herangezogen, daß er und ein Teil seiner Bande nicht nur den Lieberfall von dem Charlottenburger Rathaus ausgeführt haben, sondern auch den freigelegten Aufbruch gegen den B.V.G. in der Nacht auf den Sonntag von Spielmann in der Großbrennerei in Marzahn.

Nach diesen Angaben haben er, der bereits gefangenene Heberfall und der noch gefaßte Doppelstreckler, der die Heberfall in der Nacht vor dem Sonntag aufgefährt, die Heberfall in der Nacht vor dem Sonntag aufgefährt, die Heberfall in der Nacht vor dem Sonntag aufgefährt.

## Selbstmord in der Kaserne.

Ein Kommando der Infanterieregiments 9. Die Motive sind unbekannt. Diebstahl ganz als ausgezeichneter Soldat, der schon nach fünfjähriger Dienstzeit zum Oberleutnant befördert worden war. Nach dem Selbstmord wurde er zum Oberleutnant Friedrichstraße der 40 Jahre alte Oberleutnant a. D. Kurt Böhrer von der Lokomotive des einflussreichen Röhler D. Zugs. Er wurde sofort getötet. Oberleutnant Röhler, der zuletzt in Berlin-Charlottenburg wohnte, seinen Röhler Röhler jedoch in Gießen hatte, ist ein mitschuldig an der Heberfall in der Nacht vor dem Sonntag aufgefährt. Die Heberfall in der Nacht vor dem Sonntag aufgefährt, die Heberfall in der Nacht vor dem Sonntag aufgefährt.

## 15 Jahre Zuchthaus im Prozess Gahl beantragt.

In dem Schwurgerichtspräsident gegen den Arbeiter Walter Gahl, der sich im Jahre 1901 in der Nacht vor dem Sonntag aufgefährt, die Heberfall in der Nacht vor dem Sonntag aufgefährt, die Heberfall in der Nacht vor dem Sonntag aufgefährt.

## Großer Juwelendiebstahl.

In dem Juwelendiebstahl in der Nacht vor dem Sonntag aufgefährt, die Heberfall in der Nacht vor dem Sonntag aufgefährt, die Heberfall in der Nacht vor dem Sonntag aufgefährt.

Totale Nachträge (siehe auch 2. Beilage 3. Seite)

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin. Die Visuelle Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich — Für Rücksendung unvanzahlter Manuskripte Porto beizufügen. VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

























